



## Welt am Abgrund?

2018 zeigt die Weltuntergangsuhr, die die Gefahr eines Atomkriegs anzeigt, erstmals seit 1953 auf "zwei vor zwölf". Selbst die Hauptverantwortlichen für Kriege sahen bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2018 die „Welt am Abgrund“.

Die Konfrontation zwischen NATO und Russland eskaliert: Rhetorisch, mit Sanktionen und Aufrüstung. In der Ost-Ukraine wird gekämpft. Einer, der Kriegspolitik und nationalistischem Wahn öffentlich widerspricht, ist der ukrainische Journalist Ruslan Kotsaba. Weil er zur Kriegsdienstverweigerung aufrief, kam er ins Gefängnis. Nachdem wir uns seit 2015 für ihn eingesetzt hatten, konnten wir ihn im November 2017 beim DFG-VK-Bundeskongress in Berlin und im Januar 2018 bei einer Veranstaltung in Mainz begrüßen. Ihm droht wieder Gefängnis. S. 6

Die Türkei verwandelt sich in eine Diktatur und führt Krieg nach innen und außen. Türkische Soldaten zeigen beim Vormarsch in Syrien die Symbole der faschistischen Grauen Wölfe und der Muslimbrüder. Ultra-Nationalismus und Islamismus verschmelzen.

Beim Layout erreichte uns eine Mail des Wiesbadener Arztes Michael Wilk aus Syrien. Angesichts des Massakers in Afrin bat er: „Protestiert, demonstriert, tut alles was euch möglich ist! Helft! Mehr Druck auf die deutsche Regierung, die weiter Erdoğan mit Waf-

fen und Geld unterstützt! Dem Terror ein Ende setzen!“ Gerhard Trabert, Arzt und Sozialmediziner aus Mainz, zitiert aus einem Chat mit einem jungen Mann in Afrin: "Die Welt schweigt. Warum???"

Deutschland ist Komplize beim Angriffskrieg der Türkei und der dschihadistischen Mörderbanden. Die Bundesregierung applaudierte, als syrisch-kurdische Verbände den IS besiegten. Jetzt hilft sie bei ihrer Vernichtung.

Ein Friedlicht-Reporter besuchte Zypern (S. 2), wo die Türkei seit 44 Jahren 38% des Landes besetzt hält. Auch die türkischen Eroberungen in Syrien könnten permanent türkisch besetzt bleiben. Dort droht, was armenische, assyrische und griechische Opfer des türkischen Staats schon erlitten: Vertreibung und Völkermord.

Die Bundesregierung setzt die Kriegspolitik fort: Verdoppelung der Rüstungsausgaben, Waffenexporte, immer mehr teils völkerrechtswidrige Militäreinsätze: Mali, Syrien, Irak. Mit dem EU-Militärbündnis PESCO (Permanent Structured Cooperation) sollen EU-Interessen weltweit mit Waffengewalt durchgesetzt werden.

Gegen diese Kriegspolitik laden wir ein aktiv zu werden. Einige Gelegenheiten von Mai bis Dezember 2018 in diesem Friedlicht.

Die Redaktion

Foto: Karin Mohrmann-Dressel

## Kampagne „Krieg beginnt hier“ 2018

Seit 2016 lädt die Kampagne „Krieg beginnt hier“ zu zahlreichen Vorträgen, Ostermärschen, Kundgebungen und Friedensaktionen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland ein.

Auch 2018 bleiben wir aktiv gegen jede Kriegsunterstützung, Rüstungsproduktion und Waffenexporte. Wir sind für den Abzug der Atomwaffen nicht nur in Büchel. Wir sagen Nein zur EU-Militarisierung und NATO, Nein zu Bundeswehrwerbung und (Arbeits-) Rekrutierung auch Minderjähriger. Es gilt, die Auslandseinsätze zu beenden und die Erhöhung des Militärhaushalts zu stoppen!

Wir engagieren uns gegen die US-Kriegsmaschinerie der Militärregion Westpfalz mit Ramstein, dem Truppenübungsplatz Baumholder und der Airbase Spangdahlem, welche

durch deutsche Landes- und Bundespolitik unterstützt werden – inklusive „Kollateralschäden“ wie Lärm, Abgase und Wasserverseuchung.

So werden wir 2018 u.a. bei den Ostermärschen in Saarbrücken, Kaiserslautern und Wiesbaden, am „Tag der Bundeswehr“, in Büchel, Ramstein, Vorträgen in Mainz, Trier und anderswo und natürlich am Antikriegstag im September verdeutlichen: Krieg beginnt hier ... aber auch unser Protest und Widerstand!

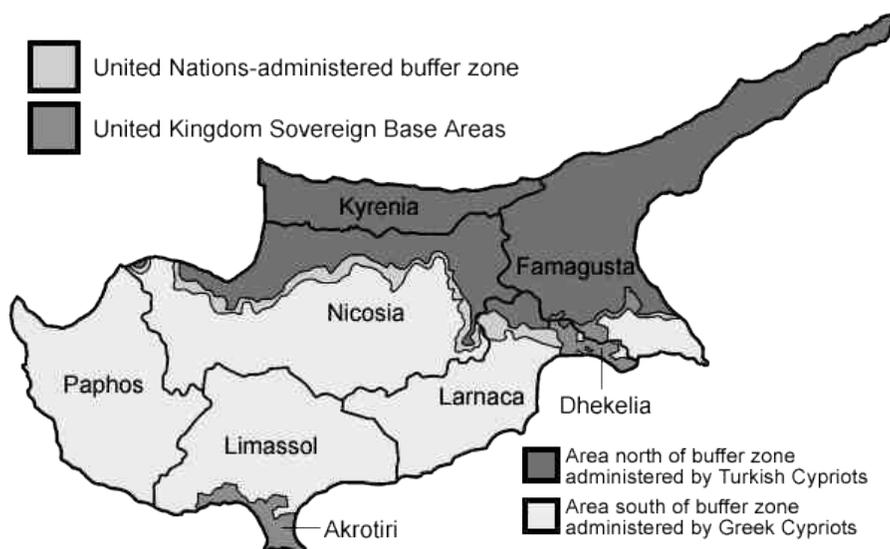
Von HIER soll Frieden ausgehen. Wir engagieren uns für eine solidarische Welt ohne Kriege, Drohnen und Atomwaffen, für Abrüstung und Konversion. Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen!

Wir wenden uns gegen Nationalismus, Sexismus, Rassismus und Antisemitismus sowie Rechtspopulismus. „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Faschismus“ gehören zusammen!

Die Kampagne „Krieg beginnt hier“ ist eine Initiative von: AG Frieden Trier, DFG-VK Mainz, DFG-VK Trier, Friedensinitiative Westpfalz, Military Counseling Network e.V., Pax Christi Saar, Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der evangelischen Kirche Pfalz und dem Friedensnetz Saar. Mehr zur Kampagne und den von ihr unterstützten Aktionen und Veranstaltungen:

[www.krieg-beginnt-hier.de](http://www.krieg-beginnt-hier.de)  
[www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/kbh18](http://www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/kbh18)

## Zypern: Geteilte und militarisierte Insel



Auch bei einem touristischen Aufenthalt ist im Oktober 2017 der Zypernkonflikt kaum zu übersehen. Beim Postkartenversand kommt zum Porto noch eine 2-Cent-Briefmarke für Flüchtlingshilfe hinzu – für die Vertriebenen aus der Zeit der türkischen Invasion von 1974. Die Kommission für vermisste Personen exhumierte und identifizierte noch heute alljährlich Tote aus der Zeit der Massaker, z.B. 96 Exhumierungen 2016, wobei das Schicksal Hunderter noch ungeklärt ist. Besonders gut sichtbar ist die Green Line, die Demarkationslinie zwischen den beiden Teilen Zyperns, in der Altstadt von Nikosia, wo sich griechisch-zyprisches und türkisch-zyprisches Militär getrennt von Barrieren aus Fässern, Zäunen, Mauerresten, Stacheldraht und einigen Metern UN-Pufferzone dicht gegenüberstehen. Allgegenwärtig und unübersehbar sind die Nationalismen. Bezeichnend ist, dass in der Republik Zypern viel häufiger die griechische als die zyprische Fahne zu sehen ist, die griechische Flagge oft neu mit leuchtenden Farben, daneben die zyprische als zerschlossener Lumpen. Vor griechisch-orthodoxen Kirchen wehen oft nur die Fahne Griechenlands und die gelbe Kirchenfahne mit dem oströmischen Doppeladler. Die Flagge der nur von der Türkei anerkannten Türkischen Republik Nordzypern sah ich ausschließlich in Kombination mit der türkischen Fahne. In beiden Teilen werden jeweils die Nationalfeiertage Griechenlands und der Türkei begangen. Die Nationalhymne der Republik Zypern ist identisch mit der Griechenlands. Eine äußerst befremdliche Selbstverleugnung zweier politischer Einheiten, die beide verlangen, als jeweils eigener Staat ernst genommen zu werden.

Ein freundlicher Fan des ausdrücklich „hellenischen“ Fußballclubs APOEL versicherte in einem Straßencafé während der Übertragung eines Spiels gegen eine deutsche Mannschaft, dass sie mit Deutschen keine

Probleme hätten – „aber mit den Kerlen da drüben!“ (zur nahegelegenen Green Line deutend). Rein symbolisch und affektiv keine guten Voraussetzungen für ein wiedervereinigtes Zypern. Auch innerhalb der Volksgruppen gibt es Gegensätze. Der APOEL-Fan verkündete auch, sie selbst seien rechts, die Anhänger des anderen großen Fußballvereins seien Kommunisten. Dass im Oktober 2017 eine Frau wegen Abtreibung in Untersuchungshaft kam, beleuchtet, wie konservativ Zypern auch in anderer Hinsicht sein kann.

### Zypern zwischen Europa, Asien und Afrika

In der Frühgeschichte trafen sich in Zypern Einflüsse aus dem Orient und Griechenland. Nach dem Zerfall des Alexanderreichs kam die hellenisierte Insel an die Ptolemäer. Ab 58 v. Chr. gehörte Zypern zum Römischen Reich und später zum griechisch geprägten Oströmischen Reich. Während des Dritten Kreuzzugs eroberte der englische König Richard Löwenherz 1191 die griechisch-orthodoxe Insel, die 1192 an die Kreuzfahrerdynastie der Lusignan kam und als Königreich Zypern zum größten Kreuzfahrerstaat der Region wurde. Auf Immigration in dieser Zeit gehen die maronitischen, armenischen und „lateinischen“ Minderheiten in Zypern zurück. 1489 erbe die Republik Venedig die Insel, 1581 folgte die osmanische Eroberung. 1878 besetzte Großbritannien Zypern, das bis zum 1. Weltkrieg unter osmanischer Oberhoheit verblieb, dann von Großbritannien annektiert und zur Kronkolonie gemacht wurde.

Der griechische Nationalismus strebt nach Ένωσις (Énosis, Vereinigung) des griechischen Staats mit allen griechischsprachigen Gebieten, auch mit Zypern. Die Türkei propagierte die Teilung (Taksim) der Insel, um wenigstens einen Teil zu erhalten. Nicht zuletzt aufgrund der Indoktrination durch die beiden Bildungssysteme setzten sich in Zypern grie-

chischer und türkischer Nationalismus durch.

1955 bis 1959 führte die Untergrundorganisation EOKA eine Guerilla- und Terroristenkampagne gegen die britische Kolonialmacht. Was heute in Museen und mit Denkmälern als antikolonialer Befreiungskampf gefeiert wird, war jedoch kein gesamt-zyprischer Kampf für ein unabhängiges Zypern, sondern ein griechisch-nationalistischer Kampf für Énosis und gegen die türkisch-zyprische Bevölkerung. Großbritannien bezweifelte noch in den 1950ern, dass kleine Inseln lebensfähige Staaten sein könnten. Trotzdem wurde 1960 Zypern unabhängig. Diesem Beispiel folgten seitdem zahlreiche weitere kleine britische Inselkolonien.

Die ungewollte Republik Zypern sollte auf Machtteilung zwischen den beiden Volksgruppen basieren. Großbritannien, Griechenland und die Türkei wurden Garantiemächte mit Interventionsrecht. 3% des Territoriums blieben britisch und wurden zu den Sovereign Base Areas (SBA, Souveräne Stützpunktgebiete) Akrotiri und Dhekelia.

Schon 1963 zerbrach die gemeinsame Regierung. Massaker und Bürgerkrieg führten zur bis heute andauernden Stationierung von UN-Truppen. Mit dem Rückzug der türkisch-zyprischen Bevölkerung in separate Enklaven begann die territoriale Spaltung.

Griechisch-zyprische Ultrationalisten bekämpften als EOKA-B die Regierung Makarios. Als die griechisch-zyprische Nationalgarde 1974 im Auftrag der griechischen Militärjunta putschte, um die Énosis durchzusetzen, intervenierte die Türkei und besetzte 38% des Territoriums der Insel. Der Putsch wurde niedergeschlagen, Makarios kehrte zurück. De facto ist seitdem Zypern geteilt, aufgrund der Massenvertreibungen sind auch die Siedlungsgebiete getrennt. International gilt die griechisch-zyprisch geprägte Republik Zypern als zyprischer Staat. Die im türkisch besetzten Norden 1983 ausgerufenen Türkische Republik Nordzypern wird nur von der Türkei anerkannt.

Seit 2003 ist die Demarkationslinie wieder für alle überquerbar. Dem Annan-Plan, der die Wiedervereinigung vorsah, wurde 2004 im Referendum im türkischen Norden zugestimmt, jedoch nicht im griechischen Süden. Die Republik Zypern wurde dennoch Mitglied der EU.

### Kriegsdienstverweigerung in Zypern

In beiden Teilen Zyperns werden Männer zum Kriegsdienst gezwungen. Dem widersetzt sich die 2008 gegründete Kriegsdienstverweigerer-Initiative (Vicdani Ret İnisiyatifi) mit vorwiegend türkisch-zyprischen Aktiven. Es gibt zur Zeit sechs Verweigerer, die

früher den Grundmilitärdienst abgeleistet haben, aber heute Reserveübungen verweigern. International bekannt wurde Murat Kanatlı, Mitgründer der Initiative, als er 2014 wegen Verweigerung einer Reserveübung 10 Tage ins Gefängnis kam. Heute vertritt er im Stadtrat von Türkisch-Nikosia die Yeni Kıbrıs Partisi (New Cyprus Party), eine ansonsten außerparlamentarische sozialistische nicht-nationalistische Kleinstpartei. Nuri Silay, ebenfalls Gründungsmitglied der Kriegsdienstverweigerungsinitiative, verweigert den Kriegsdienst im Militär der Türkischen Republik Nordzypern. Da ihm dort, seitdem er seine Kriegsdienstverweigerung erklärte, Zwangsrekrutierung und Gefängnis drohen, lebt er im griechisch-zyprischen Teil der Insel und hat einen Pass der Republik Zypern.

Ein Vorschlag zur gesetzlichen Regelung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes ist 2017 vom Petitionsausschuss des Parlaments der Türkischen Republik Nordzypern entgegengenommen worden.

Die zyprischen Antimilitarist\*innen sind international gut vernetzt. 2014 fand in Zypern ein Treffen von Kriegsdienstverweigerungsgruppen aus dem östlichen Mittelmeerraum statt, Anfang November 2017 die Mitgliederversammlung des European Bureau of



Conscientious Objection (Europäisches Kriegsdienstverweigerungsbüro). Günstig dafür ist ein von beiden Seiten zugängliches Gebiet in der UN-Pufferzone in Nikosia, wo neben dem Hauptquartier der UN-Truppen auch ein Begegnungszentrum und das Goetheinstitut angesiedelt sind.

### Asyl in Zypern nach 25 Jahren Verfolgung in der Türkei

In Zypern traf ich den kurdischen Kriegsdienstverweigerer, Autor und politischen Aktivist Halil Savda. Er war im August 2017 aus der Türkei in die Republik Zypern geflüchtet und hatte dort Asyl beantragt und kurz nach unserem Treffen erhalten. Die DFG-VK hatte im Lauf der Jahre an ihren Infoständen schon öfter Unterschriften für seine Freilassung gesammelt. Er hat einen 25 Jahre

langen Teufelskreis von Verfolgung, Gefängnis und Folter hinter sich. Erstmals festgenommen wurde er wegen seines Einsatzes für die Rechte der kurdischen Bevölkerung mit 18 Jahren im Jahr 1993. Er wurde gefoltert und für drei Jahre inhaftiert. Es folgten weitere Verhaftungen und Gefängnisstrafen. 2004 wurde er zwecks Ableistung des Militärdienstes direkt von der Haftanstalt in eine Kaserne gebracht. Er verweigerte und kam wegen seiner Kriegsdienstverweigerung immer wieder ins Militärgefängnis. Wegen Kriegsdienstverweigerung verbrachte er 17 Monate in Militärgefängnissen. Insgesamt war er zehn Jahre inhaftiert. Wegen einer Solidaritätserklärung mit israelischen Kriegsdienstverweigerern wurde er zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, von denen er 2012 50 Tage verbüßen musste.

2015 begann eine Serie von Massakern des türkischen Staats an der kurdischen Bevölkerung, auch in Halil Savdas Heimatstadt Cizre. Dort wurden 400 Menschen, auch aus seinem Bekanntenkreis, ermordet, davon 100 lebendig verbrannt. Im Mai 2017 wurde Halil Savda angeklagt, weil er über diese Massaker berichtet hatte. Eine weitere Gefängnisstrafe schien sicher. Also entschloss er sich zur Flucht.

(Ein ausführliches Interview mit Halil Savda erschien in der Zivilcourage, Zeitschrift der DFG-VK, Nr. 1/2018 S. 23-25) <https://www.dfg-vk.de/ueber-uns/verbandszeitung/201801/halil-savda>

### Lösung des Zypern-Konflikts?

2015 wurden wieder unter Ägide der UN als aussichtsreich geltende Verhandlungen für eine Lösung des Zypern-Problems aufgenommen, die letztendlich im Juli 2017 scheiterten. Im Oktober 2017 verhärtete sich die Position der türkischen Seite. Die Türkische Republik Nord-Zypern führte Einfuhrzölle auf Hilfsgüter ein, die von UN-Konvois auf die Karpatenhalbinsel im Nordosten gebracht werden, um die 1974 dort unter türkischer Herrschaft verbliebene griechische und maronitische Bevölkerung zu versorgen. Gleichfalls im Oktober drohten sowohl der Außenminister Türkisch-Nordzyperns als auch der stellvertretende Ministerpräsident der Türkei mit einer Annexion Nord-Zyperns durch die Türkei. Die Türkei hat inzwischen so viele Menschen aus Anatolien in Nord-Zypern angesiedelt, dass die zyperntürkische Bevölkerung zur Minderheit im eigenen Gebiet geworden ist. Wie in der Türkei schreiten Islamisierung und Jagd auf „Gülenisten“ voran.

Auch die britischen SBA werden in Frage gestellt. Da wegen des Brexits mit Großbritannien ohnehin neu verhandelt werden müsse, könne man bei dieser Gelegenheit auch die SBA wegverhandeln. Manche wünschen den britischen Abzug, andere wollen nur die briti-



Foto: Gernot Lennert

sche Souveränität beenden und für die Basen einen kündbaren Stützpunktvertrag abschließen.

Jede Zypern-Vereinbarung muss in Referenda in beiden Volksgruppen Zyperns gebilligt werden, was angesichts des Ultranationalismus schwer werden könnte. Immerhin wird dem extremen Nationalismus auch widersprochen: Die postkommunistische AKEL, eine der beiden großen Parteien in der Republik Zypern, protestierte 2017 gegen die Errichtung eines Denkmals in Limassol für den EO-KA-Führer Grivas. AKEL argumentiert, dass genau dieser Rechtsextremist Wegbereiter für den Putsch von 1974 und die daraus resultierende türkische Invasion und Besatzung war.

Der möglicherweise wichtigste Streitpunkt von vielen in den Zypern-Verhandlungen: Die Republik Zypern will der Türkei kein Interventionsrecht einräumen, die Türkei insistiert genau darauf.

Es war gehofft worden, dass nach den Präsidentschaftswahlen in der Republik Zypern im Februar 2018 die Verhandlungen wieder aufgenommen würden. Der als verständigungsbereit geltende Präsident Anastasiadis wurde wiedergewählt. Doch im Februar blockierten türkische Kriegsschiffe Gas-Probebohrungen eines italienischen Konzerns südöstlich von Zypern. Die Republik Zypern sieht das Seegebiet als Teil ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone, was geographisch nachvollziehbar ist. Die nord-zyprisch-türkische Seite erhebt Anspruch auf Seegebiete sogar südlich von Zypern, was geographisch absurd ist. Diese neuerliche Eskalation blockiert gegenwärtig (März 2018) die Wiederaufnahme von Gesprächen zur Lösung des Zypern-Konflikts.

Gernot Lennert

# Die Friedensbewegung und die Friedensnobelpreise

## Eine folgenreiche Begegnung

Acht Tage lang arbeitete Bertha von Suttner bei Alfred Nobel. Diese kurze Zeit im Jahr 1876 reichte aus für eine lebenslange Freundschaft. Auch wenn die Mitbegründerin der Deutschen Friedensgesellschaft und der Stifter des Friedensnobelpreises sich nur dreimal persönlich begegneten, bezeugt ein reichhaltiger Schriftverkehr ihre Freundschaft.

Alfred Nobel unterstützte die Friedensbewegung oft finanziell. Sicherlich hat die Begegnung und Auseinandersetzung mit von Suttner Nobel dazu motiviert, den Friedensnobelpreis als Nachlass zu schaffen. Möglicherweise hat auch Nobels Entsetzen über den versehentlich zu früh veröffentlichten Nachruf auf seinen Tod mit dem Titel „Der Kaufmann des Todes ist tot“ einen Anteil an der Schaffung des Friedensnobelpreises.

Nobel und von Suttner hatten sehr unterschiedliche Ansichten darüber, wie Kriege verhindert werden könnten. Während von Suttner gegen Waffen und Militär kämpfte, träumte Nobel z.B. von einer Waffe, die so gewaltig ist, dass niemand sie mehr einsetzen würde.

So investierte Nobel sogar in die Entwicklung von Kriegswaffen, auch wenn er Krieg verabscheute. Seine Erfindung Dynamit war zwar nicht zur Kriegsführung geeignet, einige andere seiner Erfindungen aber schon. Der von ihm erfundene raucharme Sprengstoff Ballistit galt als Fortschritt für die Waffentechnik.

## Der Friedensnobelpreis

In seinem Testament bestimmte Nobel, dass der Friedensnobelpreis „an denjenigen, der am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt hat“ gehen soll.

Der Friedensnobelpreis wird durch eine fünfköpfige Kommission des norwegischen Parlamentes vergeben. Nominierungen können unter anderem von Staatsoberhäuptern souveräner Staaten vorgenommen werden. Er wird seit 1901 vergeben und ist wahrscheinlich der erste Friedenspreis überhaupt.

## Wer hat Friedensnobelpreise erhalten?

Während einige Preisträger\*innen in der Friedensbewegung unstrittig sind, werden Entscheidungen des Friedensnobelpreiskomitees oft auch kritisch gesehen.

So ging 1905 der Friedensnobelpreis an Bertha von Suttner, die schon lange darauf gehofft und damit gerechnet hatte. 1906 ging er an US-Präsident Theodore Roosevelt.

Roosevelts Außenpolitik wird oft mit folgendem geäußerten Spruch charakterisiert: „Speak softly and carry a big stick; you will go far.“ („Sprich sanft und trage einen großen Knüttel, dann wirst du weit kommen.“) Roosevelt begründete eine expansionistische Außenpolitik und sah die USA als eine Art Weltpolizei. Dieses Gedankengut ist auch heute fest in der US-Politik verankert und wird weltweit kritisch gesehen.

Auch der erste Friedensnobelpreis an Henry Dunant, den Gründer des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes, ist zweischneidig. Starke Motivation von Dunant war das Elend von verwundeten Soldaten.

Heute ist das Rote Kreuz fester Bestandteil der Kriegsführung geworden. Wenig ist demotivierender für Soldaten als verletzte Kameraden, die unversorgt zurückgelassen werden müssen. Somit ist die Versorgung der Verwundeten durch das Rote Kreuz auch heute ein logischer Bestandteil von Militärplanung.

So ergibt sich bei den Friedensnobelpreisen eine merkwürdige Liste an Preisträger\*innen:

1. Menschenrechtsaktivist\*innen und -organisationen, die sich aber gar nicht mit der Frage nach Krieg und Frieden beschäftigen.
2. Politiker\*innen – darunter oft auch Massenmörder\*innen, die ihre Tötungsrate reduziert haben oder ankündigen, im großen und ganzen friedlich handeln zu wollen.
3. Friedensaktivist\*innen, Friedensorganisationen und Friedensstifter\*innen.

Dieses Muster zieht sich auch durch die letzten Jahre. Barack Obama, der 2009 den Friedensnobelpreis erhalten hat, hat vor seiner Wahl noch verkündet, den Afghanistankrieg fortsetzen zu wollen. Hat er den Preis dafür bekommen, weil er ein bisschen friedlicher auftrat als seine Vorgänger?

Die Internationale Atomenergie-Organisation (Friedensnobelpreis in 2005) fördert die zivile Nutzung von Atomkraft. Als ob die Nutzung von Atomkraft friedenspolitisch überhaupt förderungswürdig sei. Bevor Atomkraft zur Energiegewinnung eingesetzt wurde, wurden sie schon als Waffe eingesetzt. Die zivile und militärische Nutzung ist nicht weit voneinander entfernt.

## Friedenspolitische Bewertung

Der Friedensnobelpreis ist unumstritten der wichtigste friedenspolitische Preis. Damit ist er trotz des ambivalenten Musters der Preisvergabe bedeutsam.

In vielen Fällen dient er dem Friedensgedanken. Die Verleihung des Friedensnobelpreises machte oft auf Organisationen und Menschen aufmerksam, die sonst eher der Weltöffentlichkeit verborgen geblieben wären, wertete sie auf und stärkte sie. Aber die Entscheidungen des Nobelpreiskomitees bleiben immer zu hinterfragen. Zu zwiespältig ist die Praxis, die sich durch die gesamte Geschichte des Friedensnobelpreises zieht.

Mahatma Ghandi wurde mehrfach für den Friedensnobelpreis nominiert, hat ihn aber nie bekommen. In dem Jahr, in dem er ermordet wurde (1948), wurde die Preisverleihung ausgesetzt. Das war eine starke und richtige Geste.

## Freude und Ärger

Wir freuen uns immer, wenn der DFG-VK nahestehende Personen oder Organisationen den Friedensnobelpreis erhalten. Dies waren z.B. Alfred Hermann Fried (ebenfalls Mitbegründer der Deutschen Friedensgesellschaft) oder Carl von Ossietzky.

Es ist für Friedensbewegte oft ambivalent, wenn Menschenrechtsaktivist\*innen diesen Preis erhalten, wenn sie nicht zu Fragen nach Militär, Rüstung und Krieg Stellung beziehen oder diese Fragen sogar bewusst ausklammern. Die Verwirklichung der Menschenrechte ist notwendige Voraussetzung für Frieden. Engagement für Frieden muss auch den Einsatz für Menschenrechte beinhalten. Aber ein reiner Menschenrechtspreis schmerzt die Kriegstreiber\*innen nicht. Wer hat schon etwas gegen Menschenrechte?

Wir ärgerten uns, als die Europäische Union diesen Preis erhielt. Sicherlich hat die EU dazu beigetragen, dass es keine Kriege mehr zwischen den Mitgliedsstaaten gibt. Aber die Europäische Union hat auch das Bestreben, ein weiteres Militärbündnis neben den bereits bestehenden aufzubauen.

Es ist für uns auch immer ärgerlich, wenn Politiker\*innen den Friedensnobelpreis erhalten, für die Frieden oder die Einhaltung der Menschenrechte als temporäre politische Strategie benutzt werden, um ihre eigentlichen Ziele zu erreichen.

Mit der „Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ (ICAN) wurde 2017 wieder ein Verband bedacht, der uns sehr nahe steht und ein Ziel der DFG-VK verfolgt. Die DFG-VK arbeitet schon lange mit ICAN zusammen und ist mittlerweile auch Mitglied von ICAN. Somit durften wir uns wieder freuen.

Möglicherweise kann die Friedensbewegung sich aber im nächsten Jahr wieder ärgern oder wundern.

Harald Gewehr

# Gegen gewachsene Atomkriegsgefahr: Atomwaffenverbot durchsetzen!

## Weltuntergangsuhr: Zwei Minuten vor zwölf

Die Atomkriegsuhr oder Weltuntergangsuhr (Doomsday Clock), die die Gefahr eines Atomkriegs anzeigt, wurde im Januar 2018 auf zwei Minuten vor zwölf gestellt. Das entschieden wie jedes Jahr die Fachleute des Bulletin of the Atomic Scientists. Das heißt, dass sie die Gefahr eines Atomkriegs für so groß wie zuletzt im Jahr 1953 einschätzen, einem besonders gefährlichen Jahr des Kalten Kriegs.

Die USA und Russland haben einen neuen atomaren Rüstungswettlauf begonnen. Die USA wollen „kleinere“ Atomwaffen produzieren, die einen Atomkrieg leichter führbar erscheinen lassen. Russland hat neue Atomwaffen vorgestellt, die jeden Punkt der Erde erreichen können sollen. Das Atomabkommen mit dem Iran wird von den USA massiv gefährdet. In Ostasien stehen sich vier Atom-mächte gegenüber, deren Konkurrenz zum Atomkrieg führen könnte. In Südasien bedrohen sich die Atom-mächte Indien und Pakistan, Indien wiederum steht in Konkurrenz zur Atom-macht China.

Allein schon die Zahl der Atomwaffen-mächte und der Staaten, die nach Nuklear-waffen streben, sorgt schon für Unsicherheit. Die wachsenden Spannungen zwischen NATO und EU einerseits und Russland andererseits können ebenso wie der Syrienkrieg, in dem mehrere Atom-mächte aufeinanderstoßen, zu einem Atomkrieg eskalieren, auch wenn unwahrscheinlich ist, dass irgendeine der Kriegsparteien das anstrebt.

Sowohl politische Allianzen als auch Regierungen von Atomwaffenstaaten sind unberechenbarer geworden. Bei den Regierenden der USA und Großbritanniens muss sogar die persönliche Zurechnungsfähigkeit stark bezweifelt werden.

Atomwaffen sind massenmörderisch. Wie die gegenwärtigen Kriege zeigen, sterben die meisten Menschen an sogenannten Kleinwaffen wie Gewehren, die sich auch als Massenvernichtungswaffen erweisen. Und Rwanda hat gezeigt, dass ein Völkermord auch mit Macheten möglich ist. Aber ein Atomkrieg würde ungleich verheerender wirken. Innerhalb von Minuten würden Millionen von Menschen sterben. Er wäre das Ende der Zivilisation, wie wir sie kennen.

### Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet

122 Staaten der Vereinten Nationen haben im Juli 2017 für einen Vertrag gestimmt, der Atomwaffen verbieten soll. Die Atomwaffen-mächte und die NATO-Staaten nahmen an den Verhandlungen erst gar nicht teil. Eine

Ausnahme waren die Niederlande, die aber dann als einziger Staat gegen den Vertrag stimmten. Der Vertrag wird 90 Tage, nachdem ihn 50 Staaten ratifiziert haben werden, in Kraft treten. Bei Redaktionsschluss des Friedlichts hatten sechs Staaten den Vertrag ratifiziert. Auch wenn der Ratifikationsprozess langsam verläuft und sich die Nuklear-waffenmächte nicht beteiligen, ist es ein großer Fortschritt auf dem Weg zur Ächtung von Atomwaffen.

### Friedensnobelpreis an ICAN

Der Druck aus der Zivilgesellschaft hat erheblich dazu beigetragen, dass Regierungen den Atomwaffenverbotsvertrag ausgehandelt haben. Auch zahlreiche Parlamentsmitglieder weltweit setzten sich für das Atomwaffenverbot ein. Umso gerechtfertigter ist es, dass mit dem Friedensnobelpreis 2017 ICAN, die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN, Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) gewürdigt wurde. ICAN ist ein Zusammenschluss von 460 Friedensorganisationen in aller Welt, darunter auch die DFG-VK.

### Gegen Atomwaffen in Büchel: Aktionspräsenz

Der Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel in der Eifel ist inzwischen der einzige Atomwaffenstandort in Deutschland. Dort üben im Rahmen der „Nuklearen Teilhabe“ Bundeswehrsoldaten mit Bundeswehr-Tornados, die Atombomben ins Zielgebiet zu transportieren und abzuwerfen. Die US-Regierung plant, die Atombomben ab 2020 durch neue, zielgenauere Atombomben zu ersetzen. Während der Bundestag 2010 noch den Abzug der US-Atombomben forderte, beginnt nun die Stationierung neuer Atomwaffen.

Zum dritten Mal wird auch 2018 die Friedensbewegung mit einer zwanzigwöchigen Aktionspräsenz gegen die Atomwaffen in Büchel demonstrieren – 20 Wochen für die dort

lagernden 20 Atomwaffen, vom 26. März, dem Tag des Bundestagsbeschlusses von 2010 gegen die Atomwaffen in Büchel, bis zum 9. August, dem Jahrestag des Atombombenabgriffs auf Nagasaki 1945. 20 Wochen mit Protestaktionen, Blockaden und Konzerten.

Wir fordern von der Bundesregierung

1. den Stopp der nuklearen Aufrüstung
2. den Beitritt zum UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag
3. den Abzug der Atomwaffen aus Büchel

### Ziviler Ungehorsam

Zur Aktionspräsenz gehören auch immer wieder Aktionen Ziviler Ungehorsams wie Blockaden oder Protest auf dem Gelände der Militär-basis. Sie führen gelegentlich dazu, dass die Beteiligten angeklagt und verurteilt werden. Ein Beispiel ist Martin Otto (DFG-VK Lahn-Dill/Gewaltfreie Aktion Atomwaffen abschaffen). Er hatte am Nagasaki-Gedenktag am 9. August 2016 als kleinen bescheidenen Beitrag zur Abrüstung von unten ein Loch in den Zaun des letzten Atomwaffenstützpunkts in Deutschland geschnitten. Dafür wurde er wegen Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe von 375 Euro, ersatzweise 25 Tagen Haft, verurteilt. Wie schon früher wird er eine „Mahnwache hinter Gittern“ abhalten. Er verbindet sie mit einem Offenen Brief an die Bundeskanzlerin und weitere politisch Verantwortliche und mit einer demonstrativen Freikaufaktion: Menschen waren aufgefordert, den Offenen Brief zu unterzeichnen und mit Kleinbeträgen von ca. 1 Euro dazu beizutragen, Martin Otto aus dem Gefängnis freizukaufen.

Weitere Informationen zu alldem:  
[www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)  
[buechel-atombombenfrei.jimdo.com](http://buechel-atombombenfrei.jimdo.com)

XMR

## Franco A. – Nazis und Bundeswehr

### Fakten, Argumente, Thesen

Der Soldat Franco A. hat sich als syrischer Flüchtling ausgegeben, Asyl beantragt und entsprechenden Schutz erhalten. Gleichzeitig hat er mit Kameraden Waffen gesammelt, um Anschläge auf Menschen, die Flüchtlinge unterstützen, vorzubereiten. Warum fühlen sich Nazis in der Bundeswehr wohl?

Und wie reagiert die politische Führung darauf?  
Vortrag von Franz Nadler (DFG-VK Offenbach)  
Donnerstag, 3. Mai 2018, 19.30 Uhr  
Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz  
**Veranstalter:** DFG-VK Mainz (im Rahmen der Kampagne "Krieg beginnt hier")

## Ukraine: Kriegsgegner Ruslan Kotsaba erneut von Gefängnis bedroht

Gegen den Journalisten und Kriegsgegner Ruslan Kotsaba soll ein zweites Verfahren wegen Landesverrats und Behinderung der Streitkräfte geführt werden, obwohl er deswegen bereits 17 Monate im Gefängnis gewesen und freigesprochen worden war.

Ruslan Kotsaba wurde im Februar 2015 in seiner Heimatstadt Iwano-Frankiwsk im Westen der Ukraine verhaftet. Er hatte kurz zuvor in einer Videobotschaft an Präsident Petro Poroschenko erklärt, er werde sich der Einberufung verweigern und würde eher fünf Jahre Gefängnis auf sich nehmen, als auf seine „im Osten lebenden Mitbürger“ zu schießen. Er rief seine Landsleute auf, ebenfalls den Kriegsdienst zu verweigern.

Ruslan Kotsaba hatte sich 2004 in der Orangen Revolution und 2014 in der Majdan-Bewegung engagiert und bei den Präsidentschaftswahlen für Poroschenko gestimmt. Ruslan Kotsaba tritt für eine andere Ukraine ein, jenseits von Blockdenken, Oligarchenherrschaft und Korruptionsskandalen.

Der bekennende Christ gehört der ukrainischen griechisch-katholischen Kirche an. Im griechisch-katholischen Bevölkerungsteil in der West-Ukraine ist traditionell der ukrainische Nationalismus am stärksten verankert. Die griechisch-katholische Kirche entstand 1596 unter polnischer Herrschaft aus der Union von Teilen der Orthodoxen Kirche mit der Katholischen Kirche. Liturgisch und kulturell ist diese Unierte Kirche orthodox geprägt, sie gehört aber zur Katholischen Kirche.

Ruslan Kotsaba hatte mehrfach aus den von den Aufständischen kontrollierten Gebieten berichtet und kam zur Überzeugung, dass dieser Krieg beendet werden muss. In seiner Video-Botschaft an Präsident Poroschenko erklärte er: „Lieber gehe ich ins Gefängnis, als jetzt in den Bürgerkrieg zu gehen und meine Landsleute, die im Osten leben, zu töten ... Ich werde an diesem Bruderkrieg nicht teilnehmen.“ Im Prozess im Februar 2016 erläuterte er: „Ich bin an der Front zum Pazifisten geworden.“

Für seinen Aufruf wurde er wegen „Landesverrat“ und „Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine“ im Februar 2015 in Untersuchungshaft genommen. Amnesty International erkannte ihn sofort als „Gewissensgefangenen“ an. Ein Jahr dauerte es, bis am 5. Februar 2016 gegen Ruslan vor dem Gericht im westukrainischen Iwano-Frankiwsk der Prozess eröffnete wurde. Er wurde wegen „Behinderung der rechtmäßigen Aktivitäten der Streitkräfte der Ukraine“ zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Seit 2015 gibt es eine internationale Unterstützungskampagne für Ruslan Kotsaba. Hö-

hepunkt und Herzstück der Kampagne war eine von der DFG-VK und Connection e.V. initiierte Veranstaltungsreihe in Deutschland mit Ruslans Ehefrau Uliana Kotsaba, die im Mai 2016 in Mainz begann. Im Juli 2016 hob das Berufungsgericht das Urteil auf. Ruslan kam frei.

Doch im Juni 2017 entschied der Oberste Gerichtshof, dass das Verfahren erneut durchzuführen sei.



Foto: Wilfried Jaspers

Im Januar 2018 kam Ruslan Kotsaba auf dem Weg von Gesprächen beim Europarat in Straßburg in die Ukraine auch ins Rhein-Main-Gebiet. Bei einer gut besuchten Veranstaltung in Mainz berichtete er über seine Situation. Schon eine Woche später hatte er den nächsten Gerichtstermin. DFG-VK und Connection sorgten sehr kurzfristig dafür, dass online Protestfaxe ans Gericht geschickt werden konnten.

Nachdem das Gericht in Iwano-Frankiwsk den Fall zurückverwiesen hatte, war am 31. Januar das Gericht im nahegelegenen Bohodratschany damit befasst. Doch der Richter erklärte sich aufgrund seiner Bekanntschaft mit Ruslan Kotsaba für befangen. Der Richter war 1999 in der Naturschutz-Staatsanwaltschaft tätig und Ruslan war zu dieser Zeit Chef der Gebietsfischereiinspektion. Als nächstes sollte im Februar das Gericht in Dolyzna, ebenfalls in der Oblast Iwano-Frankiwsk, über den Fall entscheiden. Dieses Gericht entschloss sich, das Verfahren an die Staatsanwaltschaft zurückzuverweisen. Das Gericht rügte, dass die Anklageschrift nicht der Strafprozessordnung entspreche. Die Staatsanwaltschaft in Iwano-Frankiwsk will das Verfahren weiter betreiben. (Stand Anfang März 2018)

### Verfolgung von Andersdenkenden

Ruslan Kotsaba ist nicht der einzige, der wegen seiner Meinungsäußerungen gegen den Krieg verfolgt wird. In der von nationalistischem Hass aufgeheizten Atmosphäre werden auch andere Kritiker der Regierungspolitik verfolgt. Anfang März 2018 ging der Geheimdienst mit Hausdurchsuchungen gegen 25 Journalisten und Oppositionelle vor. Gleichzeitig wurde Ruslan Kotsaba vom ukrainischen Außenministerium die Akkredi-

tierung für die gemeinsame Pressekonferenz der EU-Außenbeauftragten Mogherini und des ukrainischen Präsidenten Poroschenko verweigert.

### Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern

2014 wurde der Zwang zum Kriegsdienst, der erst wenige Monate zuvor unter Präsident Janukowytsch abgeschafft worden war, wieder eingeführt. Militärdienstentziehung, Befehlsverweigerung und Desertion werden strafrechtlich verfolgt. In Kampfsituationen dürfen die Kommandeure Befehlsverweigerer und Deserteure erschießen.

Nach Schätzungen haben sich Hunderttausende junger Männer dem Militärdienst durch Untertauchen und Flucht ins Ausland entzogen. Die Kriegsdienstverweigerungsgesetzgebung der Ukraine entspricht noch nicht einmal den vom Europarat festgelegten Standards. In der Ukraine dürfen nur Angehörige einiger festgelegter kleiner christlicher Gruppen einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung stellen, deren Lehre den Militärdienst verbietet. Aber selbst das wurde schon von Gerichten ignoriert. Soldaten und Reservisten haben kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Ein religiöser Verweigerer wurde an die Front geschickt und dort misshandelt und verstümmelt. Wegen jüdischer Vorfahren wurde er von Mitsoldaten zwangsweise beschnitten.

### Gefahr durch Faschisten

Kritiker des Kriegs und der Regierungspolitik werden nicht nur direkt vom Staat verfolgt. Ruslan Kotsaba erhält ständig Drohbriefe von Ultranationalisten und Faschisten, darunter von der bekannten Nazi-Gruppe Sitsch14. In einem Fall wurde er, als er gerade in einer Fußgängerzone Interviews fürs Internet-Fernsehen machte, vor laufender Kamera von einem Faschisten geschlagen.

Die DFG-VK, Connection e.V. und die War Resisters' International werden Ruslan Kotsaba weiterhin unterstützen und sich für Meinungsfreiheit und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Ukraine einsetzen. Hintergrundinformationen und Aktuelles über die Verfolgung von Ruslan Kotsaba und die Solidaritätskampagne und aktuelle Meldungen:

[www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/](http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/ruslan-kotsaba)

[ruslan-kotsaba](http://ruslan-kotsaba)

[de.connection-ev.org/article:ukraine-naechste-runde-des-verfahrens-gegen-kriegsgegner-ruslan-kotsaba-bitte-um-unterstuetzung](http://de.connection-ev.org/article:ukraine-naechste-runde-des-verfahrens-gegen-kriegsgegner-ruslan-kotsaba-bitte-um-unterstuetzung)

[www.facebook.com/](http://www.facebook.com/)

[berlinerinfreiheitruslankotsaba](http://berlinerinfreiheitruslankotsaba)

# „Kommt endlich zur Vernunft!“ Michail Gorbatschows Appell an die Welt

Eine mögliche Antwort auf den Film „Aufbruch ins Ungewisse“

Am 14. Februar 2018 thematisierte in der ARD der Film „Aufbruch ins Ungewisse“ ausführlich das Elend von Flüchtlingen. Zur Zeit sind ca. 65 Millionen auf der Flucht vor Krieg und Hunger. Das Außergewöhnliche in dem Film ist, dass Deutsche ihr reiches Land verlassen, weil rechtsradikale Parteien hier und europaweit Regierungsmacht erlangt und die Verfolgung von Regimegegnern verbrecherisch in Gang gesetzt haben.

Was in den 30er Jahren, nach 1945 und auch heute Millionen Menschen durchlitten haben und weiterhin erleiden, wiederholt sich nun fiktiv. Einmal heißt es provozierend, dass "die Asylanten" der Grund für die Misere seien, dass nun Deutsche in Flüchtlingslagern ausharren müssen. Geklärt wird die Frage nicht, warum Rechtsradikale die Macht erlangt haben, unsere mühsam errungene Demokratie abgeschafft und menschenfeindliche Diktaturen aufgebaut haben.

Wie kann verhindert werden, dass aus Fiktion bittere Realität wird?

Michail Gorbatschow fordert in seinem „Appell an die Welt“ eine demilitarisierte internationale Politik, die Ethik und Verhaltens-



regeln einbezieht. Das Ziel soll eine gerechtere Weltordnung sein, weil wir **eine** Menschheit auf **einem** Planeten sind. – Auf die Agenda gehören Abschaffung von Massenvernichtungswaffen, Wettrüsten, Terrorismus- und Armutsbekämpfung. Der Umweltschutz muss überall durchgesetzt werden. Es darf nicht sein, dass 1% der Weltbevölkerung mehr Vermögen besitzt als die übrigen 99%. Massenarmut führt zu Instabilität, Kriminalität, Terrorismus und Massenmigration. Deshalb muss die Ausrottung der Hungersnöte, die im Jahre 2000 von der Welt-Gemeinschaft beschlossen wurde, wieder forciert werden, weil Immer noch 22% der Menschen hungern.

Es mangelt leider am politischen Willen, den sogenannten Entwicklungsländern steuerliche Entlastung und den Zugang zu den Märkten zu gewähren. Ein Wirtschaftssystem, das sich nur an Profit und Konsum orientiert, hat sich erschöpft, auch weil der Umweltschutz auf der Strecke bleibt.

Fremdenfeindlichkeit, religiöse Intoleranz und die Koexistenz unterschiedlicher Kulturen sind laut Gorbatschow die anderen Herausforderungen, die nur ohne Einsatz militärischer Mittel gelöst werden dürfen. Dazu gehört auch die gewaltsame Einmischung in die Konflikte anderer Länder.

Um alle Ziele in einer globalisierten Welt zu erreichen, mahnt er zu Ausdauer und Geduld bei Rückschlägen.

Wenn erst einmal die gemeinsamen Interessen erkannt sind, werden sie sich durchsetzen und über die national-egoistischen Bestrebungen die Oberhand gewinnen. Nur mit Verzicht auf Gewalt können sich Freiheit und Demokratie richtig entfalten, sagt der japanische Philosoph Daisaku Ikeda, und dies gilt es meiner Meinung nach zu beherzigen.

ub

## Frieden geht! Staffellauf 2018 gegen Rüstungsexporte für eine friedliche Welt

Von Oberndorf über Darmstadt, Frankfurt und Kassel nach Berlin

**21. Mai – 2. Juni 2018**

(Mannheim – Frankfurt. Fr. 25.5., Frankfurt – Fulda Sa. 26.5., Fulda – Kassel So. 27.5.)

Die Bundesrepublik Deutschland ist weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur von Kleinwaffen (Pistolen und Gewehre) und fünfgrößter Rüstungsexporteur von Großwaffensystemen (Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge und Kampfpanzer). Deutsche Waffen werden an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten exportiert. Mit ihnen werden schwere Menschenrechtsverletzungen verübt, Millionen von Menschen in die Flucht getrieben oder getötet. Zivilist\*innen – insbesonde-

re Frauen und Kinder – sind die Hauptleidtragenden.

**Wer Frieden will, braucht keine Waffen!** Kriegswaffen und Rüstungsgüter dürfen grundsätzlich nicht exportiert werden!

**Wichtige Schritte auf diesem Weg sind:**

- Kein Export von Kriegswaffen und Rüstungsgütern an menschenrechtsverletzende und kriegsführende Staaten
- Exportverbot von Kleinwaffen und Munition
- Keine staatlichen Hermesbürgschaften zur Absicherung von Rüstungsexporten

- Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen

Die Rüstungsindustrie muss auf eine sinnvolle, nachhaltige und vor allem zivile Fertigung umgestellt werden (Rüstungskonversion).

Die Tagesstrecken sind in Etappen unterteilt, die unterschiedlich zurückgelegt werden: Gehen, Joggen, Halbmarathon, Marathon, Fahrradfahren, Skaten, Rolli fahren ...

Anmeldung für die Teilnahme an den einzelnen Etappen bis 14. Mai 2018. Informationen über den Staffellauf, zu den Veranstaltungen und Kundgebungen entlang der Strecke: <https://www.frieden-geht.de/>

## Internet:

DFG-VK Mainz: [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

DFG-VK Hessen: [www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de)

DFG-VK Rheinland-Pfalz: [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

DFG-VK bundesweit: [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)

War Resisters' International: [www.wri-irg.org](http://www.wri-irg.org)

Military Counseling Network

GI-Rights-Hotline

[www.mc-network.de](http://www.mc-network.de)

[gi-cafe-germany@gmx.net](mailto:gi-cafe-germany@gmx.net)

[www.theclearingbarrel.blogspot.de](http://www.theclearingbarrel.blogspot.de)

## Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen),

Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):

Connection e.V., Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach

Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,

[office@connection-eV.de](mailto:office@connection-eV.de)

[www.Connection-eV.de](http://www.Connection-eV.de)

## Radiosendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz und Wiesbaden läuft an jedem zweiten Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden Kalenderwochen) im Rahmen des Programms von Radio Quer im Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter [www.dfg-vk-mainz.de/links/fl62](http://www.dfg-vk-mainz.de/links/fl62)

## Forum „Frieden & Migration“

beim Rheinland-Pfalz-Tag, Freitag bis Sonntag, 1.-3. Juni 2018 in Worms  
Bühnenprogramm mit Musik, vielfältigen Informationen und Infoständen von Friedensinitiativen und migrationspolitischen Gruppen. Kämmererstraße / Ecke Ludwigsplatz.  
Mehr dazu ab Mai: [www.dfg-vk-rlp.de](http://www.dfg-vk-rlp.de)

## Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

### Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

**Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:**

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

DFG-VK Rheinland-Pfalz und Hessen bei Facebook:

<https://www.facebook.com/DFGVKRheinlandPfalzundHessen>

Tel. 0 69/43 14 40, Fax 0 69/4 99 00 07,

[www.dfg-vk-hessen.de](http://www.dfg-vk-hessen.de), [dfgvkhessen@t-online.de](mailto:dfgvkhessen@t-online.de)

**Ahr-Rhein-Eifel:** c/o Wolfgang Huste (Antiquariat

Huste), Telegrafenstr. 16,

53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Tel. 0 26 41/8 29 05 28, [whuste@aol.com](mailto:whuste@aol.com)

**Aschaffenburg:** (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag), Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel.+Fax 0 60 21/58 17 34, [verlag@alibri.de](http://verlag@alibri.de)

**Bad Kreuznach:** c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12,

55543 Bad Kreuznach. [juergenlocher@superkabel.de](mailto:juergenlocher@superkabel.de),

Tel. 06 71/6 28 78

**Darmstadt:** c/o Michael Bauer,

Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.

[DFGVKDarmstadt@aol.com](mailto:DFGVKDarmstadt@aol.com),

[www.dfg-vk-darmstadt.de](http://www.dfg-vk-darmstadt.de)

**Gruppentreffen:** dienstags 20.00 Uhr,

Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42

Mitglied im Darmstädter Friedensbündnis, Treffen am 1.

u. 3. Montag im Monat, 19 Uhr, Halkevi, Luisenstr. 2

**Frankfurt:** Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/4 98 03 94 Fax 0 69/4 99 00 07,

[dfgvkffm@t-online.de](mailto:dfgvkffm@t-online.de)

**Pazifistischer Ratschlag:** unregelmäßig ca. einmal im

Monat. Genauen Termin bitte erfragen.

**Kriegsdienstverweigerungsberatung** nach

Vereinbarung

**Friedberg:** c/o Bernd Baier, Hintergasse 27,

61169 Friedberg. [dfgvk-friedberg@web.de](mailto:dfgvk-friedberg@web.de)

**Kassel:** Annastr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61-89 30 27, [kassel@dfg-vk.de](mailto:kassel@dfg-vk.de)

**Lahn-Dill:** c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578

Wetzlar. Tel. 0 64 41/2 54 62, [mo-wz@gaaa.org](mailto:mo-wz@gaaa.org)

**Mainz:** c/o Bürogemeinschaft,

Walpodenstraße 10, 55116 Mainz.

**Gruppentreffen:** 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat, 19.30 h,

[dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de), [www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

**Radiosendung:** Pazifissimus - Mittwochs in ungeraden

Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im

Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

**Marburg:** Postfach 1246, 35002 Marburg.

Tel. 0 64 21/2 17 83, [dfgvk@lahn.net](mailto:dfgvk@lahn.net),

**Kontakt zur Gruppe/Gruppentreffen:** jeden 1. und

3. Mittwoch im Monat um 18.30 Uhr, bei Radio

Unerhört Marburg, Rudolf-Bultmann-Straße 2b,

35039 Marburg.

**Radiosendung:** KALASCHNIKOV - das Magazin

für militanten Pazifismus.

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, Wiederholung

in der jeweils folgenden Woche um 15 h bei

Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

**Offenbach:** c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075

Offenbach. Tel. + Fax: 0 69/81 51 28,

[office@connection-eV.de](mailto:office@connection-eV.de)

**Pfalz:** c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,

67471 Elmstein. Tel. 0 63 28/98 99 07,

[dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de](mailto:dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de)

**Trier:** c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr. 1,

54290 Trier. Tel. 06 51/9 94 10 17,

[buer@agf-trier.de](mailto:buer@agf-trier.de)

**Westpfalz:** [klawir@atomstromfrei.de](mailto:klawir@atomstromfrei.de)

**Wiesbaden:** c/o Peter Silbereisen, Aarstr. 29

65195 Wiesbaden, Tel. 0611-910 36 66

[peter.silbereisen@web.de](mailto:peter.silbereisen@web.de)

## Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!

Zum *Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden* am 1. Dezember bittet die *War Resisters' International* (WRI, Internationale der KriegsdienstgegnerInnen) alljährlich seit 1956 um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind.

Ihre Namen und Gefängnisadressen werden

in der *Liste der Gefangenen für den Frieden* veröffentlicht, die ständig aktualisiert wird:

[www.wri-irg.org/node/4718](http://www.wri-irg.org/node/4718)

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengrüße als Zeichen der Solidarität und der Ermutigung in die Haft zu schicken. Selbst wenn die Karten die Adressaten und Adressantinnen nicht erreichen sollten, machen sie deutlich, dass die Gefangenen nicht vergessen

sind, was sich auf die Haftbedingungen günstig auswirken kann.

**Wir schreiben und verschicken die Karten mit netten Leuten und Live-Musik von Strohofer Express, Filmen und Bildern, Speis und Trank am Freitag, 7. Dezember 2018, 19 Uhr, Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, Mainz**

Unsere Grundsatzklärung: "Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten."

**Mitglied werden!**

## Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

### Gruppe Mainz



# DFG-VK

c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz  
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr

Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67

IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

[dfgvkmz@web.de](mailto:dfgvkmz@web.de)

[www.dfg-vk-mainz.de](http://www.dfg-vk-mainz.de)

Informationen der DFG-VK sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen,  
Frauenlobstr. 40, Mainz

ViSdP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz - März 2018